

Sachsen weist Vorwürfe zu Polizeieinsatz in Thüringen zurück

SZ online / DNN online 16.8.2011 (dpa)

Die Razzia sächsischer Polizisten in Thüringen sorgt weiter für Zündstoff. Die Sachsen sind um Klarstellung bemüht. In Thüringen wirft man CDU-Regierungschefin Lieberknecht vor, untätig zu sein.

Dresden. Sachsen sieht sich beim umstrittenen Einsatz seiner Polizisten in Thüringen im Recht. Der Vorwurf, dass man die Behörden dort nicht rechtzeitig über die Durchsuchung beim Jenaer Pfarrer Lothar König informiert habe, treffe nicht zu, sagte der sächsische Justizminister Jürgen Martens (FDP) am Dienstag in Dresden. Die Information sei „frühzeitig und umfassend“ erfolgt. Das Innenministerium nannte als Datum für ein erstes Gespräch den 7. Juli. Gegen König wird wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und „aufwieglerischen Landfriedensbruchs“ ermittelt. Er soll bei Demonstrationen gegen Neonazis am 19. Februar in Dresden zu Gewalt angestachelt haben. König weist das zurück.

Die Grünen im Landtag von Thüringen warfen CDU-Regierungschefin Christine Lieberknecht Untätigkeit vor. „Wenn man die Ereignisse verfolgt, ist das Schweigen der Ministerpräsidentin schlichtweg skandalös“, erklärte Fraktionschefin Anja Siegesmund am Dienstag. Beide Freistaaten müssten endlich auf höchster Ebene ins Gespräch kommen. „Anscheinend kann nur noch so den übermotivierten Ermittlungen der sächsischen Behörden Einhalt geboten werden.“ Ähnlich äußerte sich der Chef der Linken im Landtag Thüringens, Bodo Ramelow. „Dem Possenspiel sollte endlich durch klare Worte der Landesregierung ein Ende bereitet werden.“ Laut sächsischer Staatskanzlei treffen sich beide Kabinette am 13. September in Radebeul. Der Termin sei aber schon lange vor den Ereignissen vereinbart worden, hieß es.

"Üblicher" Vorgang in der Polizeiarbeit

Der Sprecher des sächsischen Innenministeriums, Lothar Hofner, beschrieb das Vorgehen im Fall König als „üblichen“ Vorgang in der polizeilichen Arbeit. Demnach seien Beamte der Sonderkommission 19/2 aus Dresden am 7. Juli nach Thüringen gefahren, um sich mit dem dortigen Staatsschutz auszutauschen und das Ermittlungsverfahren darzustellen. Anfang August habe es nochmals telefonischen Kontakt gegeben. Am Tag der Durchsuchung selbst sei die Polizeidirektion Jena um 5.30 Uhr benachrichtigt worden, um 7.18 Uhr habe die Durchsuchung begonnen. „Auch zu diesem Zeitpunkt erfolgte nochmals eine Information an die Polizeidirektion Jena“, sagte Hofner.

Für neuen Wirbel sorgten Meldungen, wonach auch gegen Königs Tochter Katharina - Abgeordnete der Linken im Thüringer Landtag - Vorermittlungen wegen Landfriedensbruchs liefen. Die Dresdner Staatsanwaltschaft dementierte das inzwischen und verwies auf einen Fehler des Amtsgerichtes Dresden. Nach Angaben der Linken hatte das Amtsgericht Katharina König selbst informiert und dabei auch ein Aktenzeichen angegeben. Das sächsische Justizministerium hatte am Dienstag auf Nachfrage keine Kenntnis von den Vorgängen.

Es gehe nicht um Kriminalisierung

Vehement widersprach Justizminister Martens der Anschuldigung, Sachsen wolle

Bürger bei ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus kriminalisieren. „Das ist Unfug. Es geht den Strafverfolgungsbehörden darum, schwere Straftaten aufzuklären und um nichts anderes.“ Martens will den Abgeordneten von Koalition und Opposition an diesem Mittwoch Rede und Antwort stehen. Dann kommt der Rechtsausschuss des Landtags zu einer nicht öffentlichen Sondersitzung zusammen. Auch im Thüringer Landtag will der Rechtsausschuss dazu tagen.

Martens lehnte Forderungen aus der Opposition ab, auf der Sitzung ein Video von der vermeintlichen Straftat Königs zu zeigen. „So etwas halte ich für grundsätzlich bedenklich.“ Das sei nichts anderes als das Verlangen, dass Parlamentsausschüsse während laufender Ermittlungen selber über die Rechtmäßigkeit von Ermittlungen befinden. „Das widerspricht dem Grundsatz der Gewaltenteilung. Das haben Gerichte zu entscheiden.“ Bei den Demonstrationen gegen Aufmärsche von Neonazis am 19. Februar in Dresden waren mehr als 100 Polizisten verletzt worden. (dpa)

Dresdens Polizeichef tritt sein Amt an

SZ 16.8.2011 Von Denni Klein

Dieter Kroll ist seit gestern neuer Polizeipräsident. Bis zur Pensionierung in drei Jahren soll er Personal abbauen. Das ist nicht die einzige Herausforderung.

Dieter Kroll nennt sich einen „lupenreinen Kripo-Mann“ aus dem Erzgebirge. Das hört man ihm auch an: In breitem Sächsisch und mit zackigem Ton wirbt er bei seinen neuen Kollegen um Vertrauen. Der in Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz) geborene 57-Jährige ist seit gestern Dresdens neuer Polizeichef. Er tritt ein doppelt schwieriges Erbe an: Einerseits folgt er dem viele Jahre hoch anerkannten Dieter Hanitsch, der im Zuge der Handydaten-Affäre um den 13. und 19. Februar abberufen wurde – ein Schachzug des Innenministers Markus Ulbig (CDU), den viele Dresdner Kollegen von Hanitsch als politisches Bauernopfer werten. „Es ist schwierig, die Nachfolge von Dieter Hanitsch anzutreten, der sich verabschieden musste, wie man es keinem wünscht“, sagt Kroll. „Aber Dieter Kroll ist nicht gegen Dieter Hanitsch angetreten, sondern ich erfülle hier nur meine Pflicht.“

Die wird es auch sein, in seinen letzten drei Jahren „im aktiven Dienst“, die Polizeidirektionen „zukunftsfähig“ zu machen. Dahinter verbirgt sich die Fusion der Polizeidirektionen Dresden und Oberes Elbtal-Ostergebirge – was bis 2020 vor allem Stellenabbau bedeutet. „Viele verdiente Kollegen werden altersbedingt gehen.“ Ihm gehe es darum, eine junge Polizeitruppe zu gestalten. Aber auch mit dieser Aufgabe verdient man sich keine Vorschusslorbeeren. Vor allem in der Direktion Oberes Elbtal sehen viele Kollegen in Kroll einen Insolvenzverwalter und Übergangschef, der nichts zu verlieren hat. Kroll will den Beamten Ängste nehmen. „Ich werde an die Probleme auf dem platten Land hinter den sieben Bergen denken, ich komme ja praktisch auch von dort.“

Polizei mit Dreck beschmissen

Er sei Kummer gewohnt, sagt der zweifache Großvater. Den wird ihm auch das brisanteste Thema der vergangenen Jahre machen: die Aufmärsche der Neonazis anlässlich des 13. Februars, des Gedenktages der Opfer der Zerstörung Dresdens 1945 und die damit verbundenen Ausschreitungen.

Er habe in den vergangenen acht Wochen auf dem Krankenbett nach einem komplizierten Armbruch die aufgeheizte öffentliche und parlamentarische Debatte um den Polizeieinsatz verfolgt. „Am Ende des ganzen Theaters sind Schlussfolgerungen zu ziehen, und zwar dahingehend, dass wir schon einiges besser machen können.“

Er forderte die Kritiker auch zum Nachdenken auf. Es könne nicht sein, dass ein halbes Jahr nach den Straßenschlachten in der öffentlichen Wahrnehmung nur noch eine Gruppe existiere, die Straftaten begangen und falsch gehandelt habe – die der Polizisten. „Die Kritiker sollten sich mal überlegen, was von einer Polizei übrig bleibt, die täglich mit Dreck beschmissen wird.“

Die Rechtsprechung habe der Polizei die Denksportaufgabe für ein anderes Trennungskonzept der Lager gegeben. Kroll betont: „Das werden wir umsetzen. Der Ruf nach mehr Polizei ist dabei nicht mein erster. Geben Sie mir die Zeit zu schauen, was wir mit den vorhandenen Leuten besser machen können.“

Sächsischer Landtag beschäftigt sich mit Razzia in Jena

MDR online 16.8.2011

Das Vorgehen der Dresdner Polizei gegen den Jenaer Jugendpfarrer Lothar König hat in der kommenden Woche ein parlamentarisches Nachspiel. Wie der Sächsische Landtag mitteilte, wird der Verfassungs- und Rechtsausschuss am kommenden Dienstag auf Antrag der Linksfraktion zu einer Sondersitzung zusammenkommen. Die Linke beklagt ein "unverhältnismäßiges Vorgehen" von Polizei und Staatsanwaltschaft. Gegen den Pfarrer wird wegen Landfriedensbruchs ermittelt. Die Dresdner Polizei hatte vergangene Woche dessen Wohnung in Jena durchsucht. Laut den Ermittlern soll König bei einer Demonstration am 19. Februar gegen einen Neonazi-Aufmarsch in Dresden zur Gewalt gegen Polizisten angestachelt haben. Der Pfarrer bestreitet das.

Martens verteidigt Durchsuchung

Nach Ansicht des sächsischen Justizministers Jürgen Martens (FDP) war die umstrittene Durchsuchung rechens. Die Thüringer Fachbehörden seien über den Einsatz informiert gewesen, sagte Martens am Dienstag in Dresden. Alle anderen Behauptungen seien unzutreffend. "Die vorgetragene Echtaufführung des Kollegen kann ich daher nicht nachvollziehen", sagte Martens zur Kritik des thüringischen Justizministers Holger Poppenhäger (SPD). Dieser hatte kritisiert, die Thüringer Behörden seien über die Durchsuchung am vergangenen Mittwoch nicht informiert gewesen.

Das Thüringer Innenministerium bleibt in der Affäre "König" bei seiner Darstellung. Ein Sprecher sagte MDR 1 RADIO THÜRINGEN, man sei von Sachsen über die bevorstehende Durchsuchung nicht vorab informiert worden. Es habe aber in der Tat Kontakte auf polizeilicher Arbeitsebene gegeben, so der Sprecher weiter. Bei diesen sei aber nie konkret über eine Durchsuchung oder gar einen genauen Termin für so einen Einsatz gesprochen worden.

Innenministerium: "Üblicher Vorgang in der polizeilichen Arbeit"

Der Sprecher des sächsischen Innenministeriums, Lothar Hofner, beschrieb am Dienstag das Vorgehen im Fall König als "üblichen Vorgang in der polizeilichen Arbeit". Beamte der Dresdner Sonderkommission 19/2 wären am 7. Juni nach Thüringen gefahren, um sich mit dem dortigen Staatsschutz auszutauschen und das Ermittlungsverfahren darzustellen. Anfang August habe es nochmals telefonischen Kontakt gegeben. Am Tag der Durchsuchung selbst sei die Polizeidirektion Jena um 5.30 Uhr benachrichtigt worden, um 7.18 Uhr habe die Durchsuchung begonnen. "Auch zu diesem Zeitpunkt erfolgte nochmals eine Information an die Polizeidirektion Jena", sagte Hofner.

Kein Video der angeblichen Straftat im Ausschuss

Justizminister Martens widersprach der Anschuldigung, Sachsen wolle Bürger bei ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus kriminalisieren. "Das ist Unfug. Es geht den Strafverfolgungsbehörden darum, schwere Straftaten aufzuklären und um nichts anderes." Forderungen aus der Opposition, auf der Sitzung der Verfassungs- und Rechtsausschusses ein Video von der vermeintlichen Straftat Königs zu zeigen, wies der Justizminister zurück. "So etwas halte ich für grundsätzlich bedenklich", meinte Martens.

Treffen auf höchster Ebene

Laut sächsischer Staatskanzlei treffen sich das sächsische und das thüringische Kabinett am 13. September in Radebeul bei Dresden. Der Termin sei aber schon lange vor den Ereignissen in Jena vereinbart worden. Die Grünen im Landtag von Thüringen hatten zuvor Regierungschefin Christine Lieberknecht Untätigkeit vorgeworfen. Fraktionschefin Anja Siegesmund erklärte, das Schweigen der Ministerpräsidentin sei "schlichtweg skandalös". Beide Freistaaten müssten endlich auf höchster Ebene ins Gespräch kommen. Ähnlich äußerte sich der Chef der Linken im Landtag Thüringens, Bodo Ramelow. "Dem Possenspiel sollte endlich durch klare Worte der Landesregierung ein Ende bereitet werden", sagte der Linken-Politiker am Dienstag.

SPD kritisiert Flath

DNN 15.08.2011

Dresden (dpa). 'Nach der umstrittenen Razzia sächsischer Polizisten bei einem Pfarrer in Jena hält die Debatte um angemessene Formen des Protestes gegen Neonazis an. Gestern kritisierte der SPD Landtagsabgeordnete Henning Homann die schwarz-gelbe Koalition in Sachsen. in der Auseinandersetzung um Freiheit und Grenzen friedlichen Protestes für Demokratie und gegen Neonazis hat die Landesregierung die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit verloren.'

Während Kirchenvertreter und die Opposition in Sachsen das Vorgehen von Polizei und Justiz scharf kritisierten, zeigten sich CDU und FDP verwundert über die Reaktionen. Der Vorwurf Sachsen würde friedliche Demonstranten kriminalisieren, sei absurd, sagte CDU- Fraktionschef Steffen Flath. „Wer dies dennoch tut, muss sich den Vorwurf gefallen lassen. Gewaltausschreitungen zu

bagatellisieren und Polizisten zu Tätern abzustempeln.“ Das wiederum brachte SPD-Politiker Homann auf die Palme er warf Flath eine „Entgleisung“ vor.

Am vergangenen Mittwoch hatten Polizisten aus Dresden die Dienstwohnung des Jenaer Jugendpfarrers Lothar König durchsucht und dabei unter anderem seinen PC und Schriftstücke beschlagnahmt. Ihm wird vorgeworfen, bei den Protesten gegen Neonazi-Aufmärsche am 19. Februar in Dresden Gegendemonstranten zu Gewalt gegen Polizisten angestachelt zu haben. König wies das zurück.

Razzia: Debatte hält an

Morgenpost 15.08.2011

DRESDEN - Der Streit um die Razzia bei Pfarrer Lothar König in Jena hält an. Henning Homann (SPD) kritisierte CDU und FDP, die sich hinter die Ermittler stellten (Morgenpost berichtete). Jetzt werde jenen, die sich gegen das Vorgehen wehrten, Sympathie für Gewalt unterstellt. Gegen Königs Tochter, Linke-Abgeordnete Katharina König, gibt es Vorermittlungen ebenfalls wegen Verdachts auf Landfriedensbruch am 19. Februar in Dresden.

Debatte um Protest gegen Neonazis hält an

SZ online /DNN online 14.8.2011 (dpa)

Dresden. Nach der umstrittenen Razzia sächsischer Polizisten bei einem Pfarrer in Jena hält die Debatte um angemessene Formen des Protestes gegen Neonazis an. Am Sonntag kritisierte der SPD-Landtagsabgeordnete Hennig Homann die schwarz-gelbe Koalition in Sachsen. „In der Auseinandersetzung um Freiheit und Grenzen friedlichen Protestes für Demokratie und gegen Neonazis hat die Landesregierung die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit verloren.“ Zehntausende unschuldige Bürger würden ins Visier von Polizei und Staatsanwaltschaft geraten, sagte er mit Blick auf die massenhafte Erhebung von Handydaten nach den Protesten am 19. Februar in Dresden.

Am vergangenen Mittwoch hatten Polizisten aus Dresden die Dienstwohnung des Jenaer Jugendpfarrers Lothar König durchsucht und dabei unter anderem seinen PC und Schriftstücke beschlagnahmt. Ihm wird vorgeworfen, bei den Protesten gegen Neonazi-Aufmärsche am 19. Februar in Dresden Gegendemonstranten zu Gewalt gegen Polizisten angestachelt zu haben. König wies das zurück.

Während Kirchenvertreter und die Opposition in Sachsen das Vorgehen von Polizei und Justiz scharf kritisierten, zeigten sich CDU und FDP verwundert über die Reaktionen. Der Vorwurf, Sachsen würde friedliche Demonstranten kriminalisieren, sei absurd, sagte CDU-Fraktionschef Steffen Flath der Nachrichtenagentur dpa. „Wer dies dennoch tut, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, Gewaltausschreitungen zu bagatellisieren und Polizisten zu Tätern abzustempeln.“

Das wiederum brachte am Sonntag SPD-Politiker Homann auf die Palme. Er warf Flath eine „Entgleisung“ vor. „Herr Flath bestätigt damit den Vorwurf, dass CDU und FDP friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten kriminalisieren.“

In Dresden marschieren jedes Jahr im Februar Neonazis aus ganz Deutschland auf, um den Jahrestag der Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg für ihre Zwecke politisch zu missbrauchen. Die Gerichte erlauben das und verweisen auf das Recht auf Versammlungsfreiheit. 2010 hatten Zehntausende Menschen in Dresden die Straßen blockiert und einen Aufmarsch der Rechtsextremen unmöglich gemacht.

Auch in diesem Jahr war das am 19. Februar der Fall - allerdings kam es erstmals zu Gewaltexzessen. Dabei wurden auch mehr als 100 Polizisten verletzt. Die Staatsanwaltschaft Dresden hat mehr als 600 Ermittlungsverfahren eingeleitet. Ein halbes Jahr vor den neuerlichen Aufmärschen ist erneut die Debatte entbrannt, wie die Gesellschaft auf die Neonazis reagieren soll und kann. Die Gegendemonstranten fühlen sich von der sächsischen Justiz pauschal kriminalisiert.

Morgenpost 14.08.2011

Interview mit dem Moderator des ‚Februar-Gedenkens‘

‚Der Schwanz darf nicht mit dem Hund wedeln‘

Dresdens Rathausfraktionen auf einen Nenner zu bringen, ist kein Kinderspiel. Erst recht nicht, wenn noch Gewerkschaften, Kirchen und Vereine dabei sind und das Thema ein so sensibles wie das Gedenken zum 13. Februar ist. Diese Aufgabe übernimmt jetzt der Leiter der Landeszentrale für Politische Bildung, Frank Richter (51), als neuer Moderator der „Arbeitsgruppe 13. Februar“ (wir berichteten). Die Morgenpost hat sich mit dem ehemaligen Kapitän der Hofkirche getroffen.

Herr Richter, was ist überhaupt die Aufgabe dieser Arbeitsgruppe?

Aktuell stellen sich für uns drei Fragen: Wie soll man den 13. Februar gemeinsam gestalten? Wie gehen wir mit den Rechtsextremisten um? Und wie entwickelt sich unsere Erinnerungskultur?

Wie wollen Sie bei so unterschiedlichen Gruppierungen einen Konsens erreichen?

Wir sollten den Konflikt als Chance begreifen. Wesentlich ist, dass die Mitglieder der AG bereit sind, Unterschiede in

den Gewissensentscheidungen wechselseitig zu akzeptieren. Wir sollten es - trotz der vielleicht zehn Prozent unterschiedlicher Meinungen - miteinander aushalten.

Wo besteht denn das größte Konfliktpotenzial?

Ein strittiger Punkt ist die Blockade angemeldeter Demonstrationen und deren politische Bewertung.

Wie stehen Sie selbst dazu?

Ich habe natürlich eine eigene Meinung. Allerdings sollte ich als Moderator der AG nicht parteilich sein und will daher öffentlich keine Stellung beziehen.

Wo werden Sie sich zum Jahrestag der Bombardierung aufhalten?

Als gläubiger Christ werde ich auf jeden Fall einen Gottesdienst besuchen. Ansonsten werde ich da sein, wo sich die Mehrheit der Demokraten befindet.

Als Demokraten bezeichnen sich viele. Wo ist für Sie die Grenze der Gemeinsamkeit erreicht?

Die demokratische Gemeinsamkeit hört für mich da auf, wo die Gewaltbereitschaft anfängt. Die Gesinnung des Einzelnen ist für mich im Prinzip noch kein Problem, erst wenn er meint, seine Meinung mit Gewalt durchsetzen zu müssen.

Wie sähe für Sie ein möglicher Kompromiss zwischen Gedenken und Protest aus?

Es ist nicht gut, wenn der Schwanz mit dem Hund wedelt. Natürlich müssen die Demokraten sich dem Rechtsextremismus-Problem stellen - aber nicht nur defensiv. Wir sollten unsere Tagesordnung selber aufstellen und uns diese nicht von Extremisten diktieren lassen.

Linken-Chef Hahn hält Staatsanwalt für „besessen“

SZ 13.08.2011

Dresden. Im Zusammenhang mit Protesten gegen Neonazi-Aufmärsche in Dresden will die Staatsanwaltschaft weiter gegen Linksfraktionschef Andre Hahn vorgehen. Der Politiker machte das am Freitag selbst öffentlich - Er kritisierte, dass die Staatsanwaltschaft Verfahren gegen andere Abgeordnete wegen Blockade eines Aufmarsches 2010 eingestellt habe, gegen ihn jedoch nicht. Offenbar sei die Anklagebehörde „besessen“ von der Idee, einen „Schuldigen“ für den erfolgreichen Protest zu finden. Im Übrigen sei er während der Blockade nicht vor Ort, sondern bei der Dresdner Menschenkette gewesen.

Mit Blick auf die Durchsuchung der Dienstwohnung des Jenaer Pfarrers Lothar König sprach Hahn von einem Revanchefoul“. Der Geistliche hatte sich vor der Aktion im „Spiegel“ über Ermittlungen gegen ihn geäußert. Offenbar ist der Vorwurf wegen der „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ gegen König vom Tisch. Allerdings legen ihm Dresdner Staatsanwälte „aufwieglerischen Landfriedensbruch“ im Zug von Protesten gegen Neonazis 2011 zur Last.

Die FDP verteidigte am Freitag das Vorgehen der Justiz. Sie habe „ohne Ansehen der Person zu handeln“, sagte der Abgeordnete Carsten Biesok. (SZ/ale mit dpa)

Sachsens Ermittler im Fokus – Vorgehen umstritten

Lausitzer Rundschau 13.08.2011

Dresden. Sachsen kommt nach den Gewaltexzessen am Rande der Neonazi-Aufmärsche im Februar nicht aus den Schlagzeilen. Als etwa 30 Dresdner Polizisten am Mittwoch die Dienstwohnung des abwesenden Jenaer Jugendpfarrers Lothar König durchsuchten, ging zugleich eine neue Runde in den Ermittlungen los. König wird vorgeworfen, am 19. Februar aus seinem Kleinbus mit einem Lautsprecher Demonstranten zur Gewalt gegen Polizisten angestachelt zu haben. Er weist das zurück. Die Linken im Landtag von Sachsen.

finden den Vorwurf absurd. „Für mich wirkt die Durchsuchungsmaßnahme in Jena wie ein übles und nicht hinnehmbares Revanchefoul. Im Fußball sieht man da für die Rote Karte“, sagte Linksfraktionschef Andre Hahn und meint damit Aussagen Königs im „Spiegel“. Weil die Staatsanwaltschaft Dresden gegen ihn wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt hatte, sagte König dem Magazin: „Das sind SED-Methoden! Mein Glaube an den Rechtsstaat ist erschüttert.“

Der Vorwurf zur kriminellen Vereinigung ist zwar offenkundig vom Tisch. Dennoch wird gegen ihn weiter ermittelt: wegen „aufwieglerischen Landfriedensbruchs“, Nicht nur die Linken sehen die „Causa König“ als weiteres Glied in einer Kette von umstrittenen Ermittlungen. Nachdem sich im Februar 2010 Tausende Menschen in Dresden den Neonazis in den Weg stellten, hatte die Staatsanwaltschaft gegen führende Politiker der Linken Verfahren wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet. Bis auf vier Verfahren sind alle eingestellt - das Quartett der angeblichen Rädelsführer besteht aus den Chefs der Linken in den Landtagen von Thüringen, Sachsen und Hessen: Bodo Ramelow, Andre Hahn und

das hessische Duo Janine Wissler und Willi van Ooyen.

Am 19. Februar stürmte die Polizei die sächsische Parteizentrale der Linken und verwüstete ein Anwaltsbüro und Räume von Vereinen gleich mit. Der Durchsuchungsbefehl hatte eigentlich einer anderen Immobilie gegolten.

Den vorläufigen Höhepunkt brachte dann im Juni die Handydaten-Affäre. Um Straftäter des 19. Februars zu finden, hatte die Polizei mit richterlicher Genehmigung Tausende Mobilfunkdaten ermittelt. „Inzwischen dürfte jeder einzelne Demonstrant der sächsischen Justiz bekannt sein“, sagt Hahn. Bei all diesen Vorgeschichten überrascht es kaum, dass nun die Kritik von Parteien, Verbänden und Kirchenvertretern harsch ausfällt.

Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) schweigt dazu und verweist ans Justizministerium. Nur die Regierung verteidigt das Vorgehen: „Niemand steht in einem Rechtsstaat über oder außerhalb der Gesetze, auch ein Pfarrer nicht.“

Morgenpost 13.08.2011

Ermittlungen gegen ‚roten‘ Hahn: Staatsanwalt hat wieder geschlampt

DRESDEN - Die Staatsanwaltschaft ist besessen davon, verantwortliche Rädelführer für die Blockaden der Dresdner Neonazi-Aufmärsche zu finden“ - sagt Linke-Fraktions-Chef André Hahn. Nach einer roten Karte vom Immunitätsausschuss versuchen die Ankläger erneut, wegen des 13. Februars 2010 gegen Hahn vorzugehen.

Hahn soll damals zur Blockade des

Neonazi-Aufmarsches aufgerufen und diesen auch selbst blockiert haben. Im April hatte sich der Immunitätsausschuss geweigert, Hahns juristische Unangreifbarkeit wie gefordert aufzuheben. Erst sollten weitere Infos her. Außerdem monierte der Ausschuss, dass Hahn wie andere Linke-Fraktionschefs wegen seiner herausgehobenen Position verfolgt werde - alle anderen Verfahren wurden eingestellt.

Die Staatsanwaltschaft führt nun einen neuen Videobeweis an. „Das Youtube-Video steht seit langem auf meiner Internetseite, wurde von den Fraktionskollegen aus Thüringen erst am 13. Februar gedreht. Also konnte es auch niemanden anstiften“, so Hahn. Dass die Staatsanwaltschaft erneut mit seiner Position argumentiere, sei „eklatant rechtswidrig“: Hier werde etwas konstruiert.

Hahn verwies darauf, dass er zum vorgeworfenen Zeitpunkt gar nicht am Tatort war, sondern bei der Menschenkette. Sein Anwalt Klaus Bartl kritisierte formale Fehler: Er und Hahn wurden als Anwalt und Beschuldigter nicht über das neue Beweismittel informiert. Nun will die Linke beantragen, dass der Immunitätsausschuss den Antrag vorerst nicht behandelt. Bartl: „Wir müssen erstmal die Akten einsehen.“

Nach Razzia gegen Jenaer Jugendpfarrer

Thüringen fordert von Sachsen Rechenschaft

Von Juliane Morgenroth

DRESDEN - Der Wirbel um die Razzia von 30 sächsischen Polizisten beim Jenaer Jugendpfarrer Lothar König (57) geht weiter: Thüringens Vize-Ministerpräsident Christoph Matschie

(SPD) forderte eine Stellungnahme der Staatsregierung. In Sachsen und Thüringen soll die Razzia ein Nachspiel in den Landtagen haben. Die Linke beantragte eine Sondersitzung der jeweiligen Rechtsausschüsse.

Die sächsischen Linken wollen einen Antrag einbringen, in dem die Staatsregierung detailliert um Aufklärung ersucht wird. Linke-Fraktions-Chef André Hahn: „Die Razzia ist ein nicht hinnehmbares Revanchefoul.“ Er spielte damit auf die

Kritik Königs kürzlich im „Spiegel“ an. Die Fraktion kritisierte auch, dass der Vorfall, der der Razzia zugrunde liegt, bislang nirgends erwähnt wurde. Laut Staatsanwaltschaft spielt der Fall König wegen des Arbeitspensums erst jetzt eine Rolle.

Wie berichtet, wird König „aufwieglerischer Landfriedensbruch“ vorgeworfen, nachdem er am 19. Februar an Demos gegen Neonazis in Dresden teilnahm. Er soll per Lautsprecher Demonstranten zu Gewalt gegen Polizisten angestachelt haben. König bestreitet die Vorwürfe.

Thüringens Vize-MP Matschie warnte davor, das Engagement gegen Rechtsextremismus zu kriminalisieren. Auch die Bundestagsabgeordnete Monika Lazar und Katrin Göring-Eckardt (beide Grüne) bezeichneten die Durchsuchung als fragwürdig. Dagegen der sächsische Landtagsabgeordnete Carsten Biesok (FDP): „Ich kann keine Rechtsverstöße der Ermittler erkennen.“ CDU-Fraktions-Chef Steffen Flath: „Es ist unerträglich, wie mittlerweile polizeiliche Ermittlungsarbeit öffentlich diskreditiert wird.“

MEINE MEINUNG

Weit
gebracht

Von Gerhard Jakob

Jeder blamiert sich so gut er kann. J heißt ein altes Sprichwort. Wenn nur die Hälfte der Pösser und Winkelzüge zu treffen, die den Ermittlern beim Versuch nachgesagt werden, Linkenchef André Hahn strafrechtlich was ans Bein zu binden, kann man mit Fug und Recht sagen: Die Staatsanwaltschaft hat's weit gebracht.

Für die Fahnder ist der Politiker der Letzte seiner Art, an dem sie glauben, für die Blockade am 13. Februar 2010 noch ein Exempel statulieren zu können. Dass die Ermittler aber noch nicht mal die formalen Hürden nehmen können, um wenigstens in die Nähe ihres Ziels zu kommen - nach den Erfahrungen der jüngsten Zeit ist inzwischen nur noch schwer zu sagen, ob man darüber erboost oder eher erleichtert sein soll.

Dass die Art der Verfolgung mutmaßlicher Straftaten rund um den 13. und 19. Februar längst zum Politikum geworden ist, zeigt auch die Razzia beim Jugendpfarrer von Jena. Mit ihrer Aktion haben Staatsanwälte und Polizei etwas geschafft, was bislang für unmöglich galt: Die Beziehungen zwischen den Ländern Sachsen und Thüringen sind belastet.

Auf die „Unabhängigkeit der Justiz“ kann sich Sachsens Regierung nicht berufen, um ihre Hände in Unschuld zu waschen. Schließlich ist die Staatsanwaltschaft dem Justizministerium unterstellt. Wenn die Sache weiter aus dem Ruder läuft, wird irgendwann der Minister dran sein, wenn es gilt, Verantwortung zu übernehmen.

Scharfe Kritik
an Razzia bei Pfarrer
in Jena

Dresden/Erfurt. Sachsens Polizei steht wegen ihrer Razzia beim Jenaer Pfarrer Lothar König weiter in der Schusslinie. Am Donnerstag verurteilten die Jungsozialisten den „Auslandseinsatz“ der sächsischen Beamten in Thüringen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund verlangte eine Entschuldigung bei König. „Nach Handyüberwachung und Diskriminierung friedlicher Demonstranten stellt dieser Polizeieinsatz einen weiteren schweren Angriff auf die Grundrechte von Bürgern dar, die sich gegen neonazistische Ideologien stellen“, sagte verdis Bezirksleiter Thomas Voß. Der Chef der Linken im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow, verlangte eine unabhängige Kommission zur Untersuchung der „sächsischen Fehlleistungen“. „Wer den Aufstand der Anständigen fordert, aber gemeinsames Handeln der Zuständigen verweigert, entmündigt Bürger und beschädigt die wehrhafte Demokratie.“

Mittwoch hatten Polizisten die Wohnung des Pfarrers durchsucht. Ihm wird „aufwieglischer Landfriedensbruch“ vorgeworfen, nachdem er an Demonstrationen gegen Neonazis teilnahm. König wies die Vorwürfe zurück. Das Thüringer Innenministerium hatte nach eigenen Angaben keine Kenntnis von der Razzia. Die Polizei in Jena war erst kurz zuvor informiert worden. Laut Erfurter Innenministerium war die Aktion kein Polizeieinsatz, sondern erfolgte im Auftrag der Staatsanwaltschaft Dresden als Einsatz für die Justiz. Daher hätten die sächsischen Polizisten die gleichen Befugnisse wie ihre Thüringer Kollegen gehabt.

dva/amh

Razzia in Jena hat
ein Nachspiel im
Dresdner Landtag

Dresden (DNN). Die Staatsanwaltschaft Dresden hat sich schon öfter durch besonderen Jagdeifer und dubiose Vorgehensweisen hervorgetan. Das war bei der Affäre um Geheimakten des Verfassungsschutzes so, und dieses Jahr wieder - beim Thema Handy-Daten. Jetzt sorgen die Dresdner Ermittler erneut bundesweit für Kopfschütteln: wegen der mit den Thüringer Behörden nicht abgesprochenen Razzia bei dem Jenaer Pfarrer Lothar König.

Das hat ein parlamentarisches Nachspiel. Die Linken in Sachsen und Thüringen beantragten gestern unisono eine Sondersitzung der Rechtsausschüsse in den beiden Landtagen. Darüber hinaus ist ein Antrag an die Adresse des Hohen Hauses gegangen. Tenor: Die Regierung möge über das „extensive und unverhältnismäßige Vorgehen“ Bericht erstatten. „Die Dresdner Staatsanwaltschaft ist geradezu besessen von der Idee, die Rädelführer der Gegendemonstration dingfest zu machen“, sagte Fraktionschef André Hahn (Linke). Damit lasse sie die „gesamte kritische Zivilgesellschaft als kriminelle Vereinigung“ erscheinen.

König wird „aufwieglischer Landfriedensbruch“ vorgeworfen, nachdem er am 19. Februar an Demos gegen Neonazis teilnahm. Er soll per Lautsprecher Demonstranten zu Gewalt gegen Polizisten angestachelt haben. Der Geistliche weist die Vorwürfe zurück.

Dabei ist auch hier das Vorgehen der Staatsanwaltschaft einigermaßen dubios. Erst hielt sie König vor, er sei Mitglied einer Art linken Kampfsportgruppe. Das Problem: König ist 57 und reichlich ungeeignet für Kampfsportarten jeglicher Couleur. Jetzt soll ein bisher unbekanntes Video ein weiteres Vergehen belegen. Das aber taucht sehr spät auf, ein halbes Jahr nach der Demo. Und vor allem: Die Razzia in Jena fand gut eine Woche nach einem Artikel im Spiegel statt, in dem König die Ermittler heftig kritisierte.

Eine ähnliche Summe von Merkwürdigkeiten findet sich auch bei einem anderen Fall, den Hahn gestern erneut ansprach. So fordert die Staatsanwaltschaft die Aufhebung seiner Immunität wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz 2010. Nachdem der Ausschuss des Landtags dies bereits abgelehnt hatte, legte sie neues Material vor. Allerdings: von zweifelhafter Bedeutung: In dem Video gibt Hahn ein Interview zu einem Zeitpunkt, als sich die Neonazis noch gar nicht versammelt hatten.

Jürgen Kochinke

Kritik an Razzia wächst

Polizisten aus Sachsen haben in Jenä die Räume eines Pfarrers durchsucht. Die Aktion sorgt für heftige Reaktionen.

VON UWE KUHR

DRESDEN – Der sächsische Polizeieinsatz gegen einen evangelischen Jugendpfarrer im thüringischen Jena vom Mittwoch sorgt zwischen und in den beiden Freistaaten für zunehmende Verstimmung. Die Grünen und die Linkspartei beider Länder sowie die Evangelische Kirche verlangen mit Nachdruck Aufklärung über die Razzia beim Jenaer Jugendpfarrer Lothar König (56), dem Sachsens Justiz „aufwieglerischen Landfriedensbruch“ vorwirft. König soll am 19. Februar bei Ausschreitungen am Rande der Antinazi-Demonstration in Dresden zu Gewalt gegen Polizisten aufgerufen haben. „Ich will wissen, wann und in welcher Form das Innenministerium von Thüringen und seine Polizei

über die Aktion informiert wurden und wie die Zusammenarbeit zwischen den Landespolizeien zweier Bundesländer geregelt ist“, sagte die Grünen-Bundestagsabgeordnete Katrin Göring-Eckardt, zugleich Vorsitzende der Synode der Evangelischen Kirche. Tags zuvor hatte Thüringens Justizminister Holger Poppenhäger (SPD) den Alleingang der Dresdner

Staatsanwaltschaft kritisiert und von einem Informationsdefizit gesprochen. Auch Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) wurde zu einer Stellungnahme aufgefordert

Das Vorgehen der sächsischen Ermittler bezeichnete Göring-Eckardt als mehr als fragwürdig. „Nach der millionenfachen Erhebung von Mobilfunkdaten am 19. Februar dieses Jahres in Dresden landet die sächsi-

sche Polizei hier den nächsten Coup, der ein sehr eigenes Verständnis von Rechtsstaatlichkeit zeigt.“

In Dresden hat die Linkspartei gestern den Antrag gestellt, den Fall König am Donnerstag in einer Sondersitzung des Rechtsausschusses im Landtag zu beraten. Ihr Fachsprecher Klaus Bartl kritisierte zudem die Sprachlosigkeit des Justizministers. „Die Ermittlungsbehörden haben in ihrem Verfolgungseifer vergessen, dass ein Pfarrer als Seelsorger Berufsgeheimnisträger ist.“

Auf Nachfrage ließ Sachsens Justizministerium verlauten, dass der Einsatz auf Grund eines Abkommens über die erweiterte Zuständigkeit der Polizei bei der Strafverfolgung angeordnet worden sei. Diese Übereinkunft lässt bei „Gefahr im Verzug“ sogar zu, ohne vorherige Information in einem anderen Bundesland einzugreifen.

Der Rechtsexperte der FDP-Landtagsfraktion, Carsten Biesok, bezeichnete den Einsatz als „eine vollkommen normale Ermittlungsmaßnahme“. Niemand stehe in einem Rechtsstaat über oder außerhalb des Gesetzes, auch kein Pfarrer.